



HEILBRONNER STIMME

TAGESZEITUNG SEIT 1946

www.stimme.de

Mittwoch
17. November 2021

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 266 · 2,20 Euro



Preissteigerungen belasten Bürger

UMFRAGE BaWü-Check der Tageszeitungen zur Stimmung in der Bevölkerung: Klimaschutz soll möglichst nichts kosten

Von unserem Redakteur
Jürgen Paul

Die Bürger in Baden-Württemberg fühlen sich stark von den jüngsten Preissteigerungen betroffen. Und sie sind mehrheitlich nicht bereit, mehr Geld für den Klimaschutz zu bezahlen. Das ist das Ergebnis des jüngsten BaWü-Checks, den das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage durchgeführt hat.

Teures Leben So gaben 65 Prozent der Befragten an, stark oder sehr stark von den Preissteigerungen betroffen zu sein. Von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als 2000 Euro im Monat waren es sogar 75 Prozent. Besonders spüren die Menschen im Land die höheren Preise beim Tanken, beim Heizen, beim Strom und beim Kauf von Lebensmitteln.

Das Institut für Demoskopie geht davon aus, dass sich diese finanziellen Belastungen der Bürger auf die Akzeptanz politischer Maßnahmen auswirken wird. Das gilt insbesondere mit Blick auf Klimaschutzmaßnahmen. Mehr als die Hälfte (53 Prozent) der Befragten rechnen für sich und ihre Familien mit großen finanziellen Belastungen infolge der zu erwartenden Maßnahmen für den Klimaschutz in den nächsten Jahren. Von den Bürgern, die jetzt schon besonders stark unter den steigenden Preisen leiden, sind es sogar 68 Prozent. „Solange die Preise ganz allgemein weiter steigen, dürfte es die Politik entsprechend schwer haben, die Bevölkerung von der Notwendigkeit von Maßnahmen zu überzeugen, die mit zusätzlichen finanziellen Belastungen verbunden sind“, schreiben die Studienautoren.

Wenig Bereitschaft Denn auch wenn sich die Bevölkerung mehrheitlich immer wieder für mehr Umweltschutz ausspricht, sind die wenigsten bereit, dafür tiefer in die Tasche zu greifen. So gaben lediglich 26 Prozent der Befrag-



ten an, aus Gründen des Klimaschutzes höhere Preise für Strom und Heizung zu zahlen. Die Mehrheit (53 Prozent) ist dazu nicht bereit.

Prioritäten Die Meinungsforscher haben die Baden-Württemberger auch nach ihren politischen Prioritäten nach der Bundestagswahl gefragt. Hier liegt die Sicherung der Renten mit 65 Prozent vorne, gefolgt von der Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum (58 Prozent) und der Stärkung des Gesundheitssystems (57 Prozent). Für mehr Umwelt- und Klimaschutz sprechen sich 55 Prozent der Befragten aus, für 43 Prozent hat die Regelung der Zuwanderung nach Deutschland oberste Priorität. Eine Mehrheit der Befragten (53 Prozent) sprechen sich zudem dafür aus, dass der Staat keine neuen Schulden machen sollte.

Insgesamt hat das Wahlergebnis bei den Menschen im Südwesten keine Be-

„Große Freude hat das Ergebnis bei den Bürgern nicht ausgelöst.“

Autoren zur Bundestagswahl

geisterung ausgelöst. Gut jeder Dritte ist mit dem Ausgang zufrieden, fast jeder Zweite (47 Prozent) hätte sich ein anderes Wahlergebnis gewünscht.

Gegen Verbrenner-Aus In der Diskussion um die Abschaffung des Verbrennungsmotors haben die Bürger im Land eine klare Meinung. 56 Prozent lehnen die Forderung ab, ab 2030 keine Autos mit Verbrennungsmotor mehr zuzulassen, nur jeder Vierte ist dafür. Auf dem Land ist die Ablehnung mit 64 Prozent noch größer.

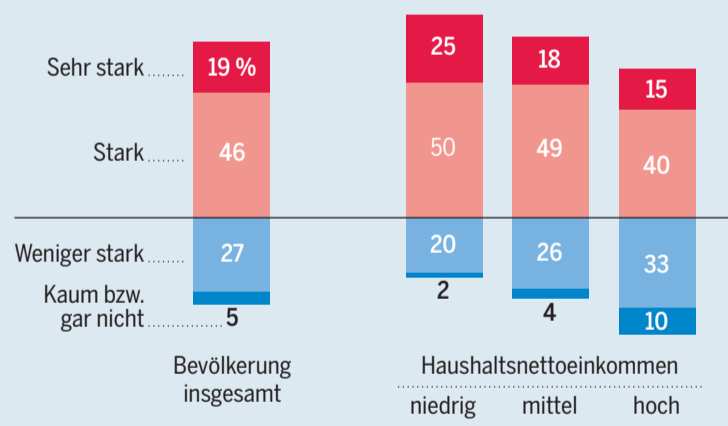
Während die SPD im Land kaum vom Rückenwind der Bundespartei profitieren kann und auch die grün-schwarze Landesregierung weniger Unterstützung erfährt als noch im Juli, kann sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann freuen. 41 Prozent der Bürger wünschen sich, dass er die volle Legislaturperiode im Amt bleibt, 35 Prozent sind dafür, dass Kretschmann sein Amt schon vorher an einen Nachfolger übergibt.

Seite 3

Meinung „Frostige Aussichten“

Teuerungen treffen insbesondere Personen mit niedrigem Einkommen

Frage: „Viele Preise in Deutschland sind ja in den letzten Monaten gestiegen. Wie sehr belasten Sie diese Preissteigerungen?“



HST-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IID-Umfrage G164/L, Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Wirtschaft

Bundesnetzagentur setzt Zertifizierungsverfahren für Nord Stream 2-Pipeline aus. Seite 9

Kultur

Wenn KI die Familie tyrannisiert: Elias Perrig über die Uraufführung von „Schwarze Schwäne“. Seite 18

Sport

Alexander Zverev vergibt bei den ATP-Finals die erste Chance auf das Halbfinale. Seite 15

Region

Der Klimawandel wirkt sich auch auf Nutzpflanzen aus. In Weinsberg wird darüber geforscht. Seite 22

Verhandlungen im Zeitplan

BERLIN Die „Ampel“ ist im Zeitplan: Kommende Woche wollen SPD, Grüne und FDP einen Koalitionsvertrag für eine gemeinsame Regierung vorlegen. Noch seien zwar dicke Bretter zu bohren, das sei aber alles lösbar, sagten die drei Generalsekretäre am Dienstag in einem Zwischenfazit zum Verhandlungsstand. Derzeit beraten die 21 Hauptverhandler die Ergebnisse von 22 fachpolitischen Arbeitsgruppen. Aufgabe der Spitzenteams ist es, die bisher noch ungelösten Konflikte beizulegen. Am Montag hatten sie dazu bereits mehr als neun Stunden zusammengesehen. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz zeigte sich danach zufrieden. *dpa*

Alarmstufe tritt in Kraft

Massive Einschränkungen für Ungeimpfte

STUTTGART Ungeimpfte Menschen in Baden-Württemberg werden ab heute von der Teilnahme am öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen. Wie Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) am Dienstag ankündigte, wird das Land aufgrund der sich zuspitzenden Lage auf den Intensivstationen die sogenannte Alarmstufe erreichen. Die Corona-Verordnung sieht landesweit die 2G-Regel etwa in Restaurants und Museen, bei Ausstellungen sowie in den meisten anderen öffentlichen Veranstaltungen vor. Schulkinder müssen in der Klasse ab sofort wieder Maske tragen. Natürlich gibt es auch Ausnahmen, etwa für öffentliche Verkehrsmittel und Religionsveranstaltungen. Auch im Einzelhandel gilt in der Alarmstufe 3G ohne PCR-Testpflicht. Ausgenommen sind zudem Geschäfte der Grundversorgung. Auch die Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte werden weiter verschärft. Treffen sind nur noch für einen Haushalt und eine weitere Person erlaubt, ausgenommen Geimpfte, Genesene und Kinder unter 17 Jahren. Kretschmann schließt angesichts der dramatischen Lage auch einen erneuten Lockdown nicht aus. Das Land pocht auf eine andauernde Rechtsgrundlage für Ausgangsbeschränkungen. *dpa* Seiten 2, 5



Aktueller Spendenstand

360.326,69 Euro

Kreissparkasse Heilbronn
IBAN: DE96 6205 0000 0000 0102 34
BIC: HEISDE66XXX

Baden-Württembergische Bank
IBAN: DE81 6005 0101 7406 5052 81
BIC: SOLADEST600

VR Bank Heilbronn Schwäbisch-Hall
IBAN: DE98 6229 0110 0222 2220 00
BIC: GENODES1SHA

Berichte Seite 19

@ Ihre Meinung?
uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

ANZEIGE

Dahoim isch ...

WO DU IMMER DU SELBST SEIN KANNST.

Über 1.000 Immobilien in Heilbronn und Hohenlohe.

TRAUMWOHNUNG GEFUNDEN AUF

immostimme.de